Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Zustellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Auer und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 90 Goldpfennige, auswärtige Reklamen 1 Goldmark, amtliche Zeile 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 151 — Freitag, den 2. Juli 1926 — 21. Jahrgang

Entscheidung über die Fürstenabfindung am Freitag.

Hindenburg zur Reichstagsauflösung geneigt.

Berlin, 1. Juli. Der gestern zu Ende geführten zweiten Lesung der Regierungsvorlage über die Fürstenentschädigung kommt, wie die Blätter betonen, nur formale Bedeutung zu. Die endgültige Entscheidung über die Vorlage wird erst am Freitag bei der dritten Lesung fallen. Ob es bis dahin in den vorgesehenen interfraktionellen Besprechungen gelingt, eine Zweidrittelmehrheit für die Vorlage zu sichern, dürfte, wie die Blätter betonen, zum mindesten zweifelhaft sein. Auch ist noch unsicher, was die Regierung im Falle einer Ablehnung des Gesetzes tun werde. Im Zusammenhang mit der Erörterung der von dem Reichsminister des Innern in Aussicht gestellten Konsequenzen tritt das „Berliner Tageblatt" den Gerüchten entgegen, daß der Reichspräsident von Hindenburg sich einem Ersuchen des Kabinetts, das Dekret der Reichstagsauflösung zu unterzeichnen, versagen würde. Der Reichspräsident soll nach dem genannten Blatt durchaus geneigt sein, den etwaigen Wünschen des Reichskabinetts hinsichtlich einer für notwendig gehaltenen Reichstagsauflösung Rechnung zu tragen.

Berlin, 30. Juni. Der Reichstag setzte heute die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern fort. § 8 wird mit den Stimmen der Mittelparteien und der Sozialdemokraten bei Stimmenthaltung der Kommunisten gegen die Deutschnationalen und die Völkischen angenommen. Die Paragraphen 9—12 werden bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie angenommen.

Die Paragraphen, die von Entschädigungs- und Ersatzansprüchen und von der Aufwertung handeln, (für die Aufwertung sollen die sonst geltenden gesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden), werden mit dem üblichen Stimmenverhältnis angenommen. § 18 wird unter Ablehnung aller Aenderungsanträge gegen die Deutschnationalen und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und der Völkischen angenommen. Ebenso werden die nächsten Paragraphen angenommen, die die Verfahrensvorschriften enthalten, mit einem Aenderungsantrag der Mittelparteien, wonach die Oeffentlichkeit nur ausgeschlossen werden kann, wenn sie eine Gefährdung der Sittlichkeit besorgen läßt. § 26 dehnt die Zuständigkeit des Sondergerichts auch auf die Ansprüche der depossedierten Fürstenhäuser aus. Hierzu wird ein Antrag der Mittelparteien angenommen, wonach Ansprüche auf Abfindungen und Renten entschädigungslos fortfallen, soweit sie für die Uebertragung von Hoheits- oder ähnlichen öffentlichen Rechten oder für die Ueberlassung von Gegenständen gezahlt werden, die als Staatseigentum zu gelten hätten. Im übrigen können sie ganz oder zum Teil für erloschen erklärt werden, wenn im Hinblick auf ihren Entstehungsgrund und die seitherige geschichtliche Entwicklung ihr Fortbestand nicht gerechtfertigt erscheint. Der Rest des Gesetzes wird bei der Stimmenthaltung der Sozialdemokraten, Deutschnationalen und Völkischen gegen die Kommunisten angenommen. Damit ist die zweite Beratung der Vorlage erledigt.

Kommunistische Kundgebung für die Reichstagsauflösung.

Berlin, 30. Juni. Die Bezirksleitung der KPD. Berlin-Brandenburg, der Reichsausschuß zur Durchführung des Volksentscheides und eine Reihe weiterer kommunistischer Organisationen veranstalteten heute abend im Lustgarten eine Kundgebung, durch die für die Auflösung des Reichstages, den Rücktritt der Regierung Marx-Stresemann und die „Verhinderung des Fürstenkompromisses" demonstriert werden sollte. Auch die USPD. und eine kleine anarchistische Gruppe, die schwarze Fahnen mit sich führte, beteiligte sich an der Demonstration. Von der Museumstreppe, der Freitreppe des Domes und der Schloßrampe hielten dann mehrere Redner, darunter Ledebour, kurze Ansprachen, in denen mit scharfen Worten gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen wurde. Mit dem Gesang der Internationale fand die Kundgebung, an der sich etwa 15 000 Personen beteiligt haben mochten, ihren Abschluß. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Ein Flaggenvorschlag der Völkischen.

Berlin, 30. Juni. Im Reichstage ist folgender völkischer Antrag eingegangen: „Für die Dauer des Vertrages von Versailles ist die Flagge des Deutschen Reiches schwarz. Die endgültige Flagge des Deutschen Reiches ist die Fahne, unter der der Befreiungskampf durchgeführt wird."

Die italienische Ausfuhr nach Deutschland.

Rom, 30. Juni. In einem Bericht über die italienische Ausfuhr schreibt der „Lavoro" in Genua, daß Deutschland das wichtigste Land für die italienische Ausfuhr sei. Ob jedoch Italien sich in dieser Stellung auch im neuen Jahre behaupten werde können, sei zweifelhaft. Jedenfalls beweisen die Ziffern des Außenhandels Italiens die große Bedeutung, die der deutsche Markt für Italien habe, und Italien müsse sich anstrengen, damit ihm dieser Markt erhalten bleibe und immer günstiger werde. Man dürfe nicht gleichgültig einen Markt von dieser Bedeutung aufs Spiel setzen.

Chamberlain über die Herstellung von Kriegsmaterial in Deutschland.

London, 30. Juni. In Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus erklärte Chamberlain, daß alle 34 deutschen Fabriken, die durch den Friedensvertrag zur Herstellung von Kriegsmaterial berechtigt seien, beschäftigt seien, jedoch nach seiner Information augenblicklich in der Hauptsache mit der Herstellung von Handelsartikeln.

Straferlaß in Deutschland und Rußland in Aussicht.

Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Moskau, daß im Zusammenhang mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden des deutsch-russischen Vertrages die beiden Regierungen Veranlassung nehmen würden, die Freilassung gewisser in Haft befindlicher Staatsangehöriger des anderen Landes auszusprechen. Einige Punkte der Angelegenheit bedürften allerdings noch der Klärung. Wie das genannte Blatt hinzufügt, dürfte es sich bei den in Rußland inhaftierten Deutschen in erster Linie um die beiden Studenten Kindermann und Wolscht und um die deutschen Konsularagenten handeln, die sich gleichzeitig seit Monaten in russischen Gefängnissen befinden.

Der Film „Panzerkreuzer Potemkin" in Thüringen verboten.

Weimar, 30. Juni. Mit der Begründung, daß der Film „Panzerkreuzer Potemkin" mit Unterstützung der Sowjetregierung hergestellt sei und kommunistischen Parteizwecken diene, hat die thüringische Regierung den Film verboten.

Telegramm des Reichspräsidenten an die Königin der Niederlande.

Berlin, 30. Juni. Der Reichspräsident hat an die Königin der Niederlande folgendes Telegramm gerichtet:

„Der Besuch des niederländischen Geschwaders in Kiel ist in ganz Deutschland aufs freudigste begrüßt worden. Euerer Majestät gestatte ich mir, zugleich mit dem Ausdruck meines Dankes für die Entsendung der prächtigen Schiffe, meine Glückwünsche zu dem vorzüglichen Eindruck, den das Geschwader und seine Besatzung gemacht haben, zu übermitteln.

von Hindenburg, Reichspräsident."

Kassensturm auf den Wiener Konsumverein.

Wien, 30. Juni. Seit einiger Zeit laufen Gerüchte um über Schwierigkeiten des Ersten Wiener Konsumvereins. Diese führten heute, wie die Blätter melden, zu einer Ansammlung von mehreren Hundert von Mitgliedern des Vereins vor dem Verwaltungsgebäude, die dort ihre Spareinlagen zurückverlangten. Die Direktion verfügte, ohne auf der satzungsmäßigen Kündigungsfrist zu bestehen, die Auszahlung von 50 Schillingen für jedes Buch aus den täglichen Einnahmen. Als wegen Erschöpfung der vorhandenen Mittel die Auszahlung für heute eingestellt wurde, entstand in der Nähe eine große Erregung. Dem herbeigerufenen Nachtaufgebot gelang es erst nach längerer Zeit, die Leute zum Auseinandergehen zu veranlassen. Die Direktion des Konsumvereins ist in Verhandlungen mit der Nationalbank und anderen Banken über die Behebung der Schwierigkeiten eingetreten.

Dawesplan und Zollpolitik.

Es ist neuerdings behauptet worden, daß der Generalagent im dritten Dawesjahr mit dem Bar-Transfer beginnen werde. Hierfür könnten nach Lage der Sache nur die Zahlungen aus dem Reichshaushalt in Frage kommen, für die im dritten Dawesjahr die erste Rate mit 110 Millionen Mark angesetzt ist. Indessen ist zu beachten, daß nicht nur diese 110 Millionen Mark zu leisten sind, daß der Generalagent darüber hinaus auch noch Zusatzzahlungen in Anspruch nehmen kann. Diese Zahlungen sind fällig, sobald der Ertrag der verpfändeten Steuern und Zölle im dritten Dawesjahr eine Milliarde Mark übersteigt. Von dem Ueberschuß kann der Generalagent ein Drittel in Anspruch nehmen, höchstens aber 250 Millionen Mark. Da wahrscheinlich ist, daß der Gesamtertrag der verpfändeten Steuern und Zölle im dritten Dawesjahr fast zwei Milliarden Mark erreicht, so werden die Zusatzzahlungen wohl geleistet werden müssen. Nach dem Dawesplan sollen die Zahlungen aus den Ueberschüssen des Außenhandels erfolgen. Diese Ueberschüsse sind einstweilen nicht vorhanden, werden es wohl auch im nächsten Jahr nicht sein. Im Gegenteil, wir haben mit wachsenden Fehlbeträgen zu rechnen, wenn überhaupt die erschöpften Rohstofflager in angemessener Weise wieder aufgefüllt werden sollen. Es scheint so, daß es Frankreich ist, das den Generalagenten dazu drängt, es mit dem Bar-Transfer auch ohne Außenhandelsüberschuß zu versuchen. In diesem Fall müßten für Markbeträge Devisen aufgekauft werden, was nicht ohne Störungen des intervalutarischen Gleichgewichts bleiben kann. Die Zahlungen aus dem Reichshaushalte stellen nicht eigentlich Leistung und Gegenleistung dar, denn die hohen Verbrauchssteuern sind ja deshalb eingerichtet worden, um für die Ausführung des Dawesplanes die Mittel zu beschaffen. Daß die Verbrauchssteuern zu hoch sind, ist heute unbestritten. Eine Senkung ist nur schwer durchführbar, wie sich das bei dem Einspruch des Daweskommissars bei der Biersteuer gezeigt hat. Zum Ausgleich dafür ist vielfach bei Handelsvertragsverhandlungen eine gewisse Gleichgültigkeit bei der Festsetzung der Zölle bewiesen worden. Ob eine bestimmte Wirtschaftsgruppe mit Rücksicht auf die Standortsverhältnisse durch Zölle gegen ausländische Konkurrenz geschützt werden soll, hat vielfach gar keine oder nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Das hat sich besonders verhängnisvoll im deutsch-schwedischen Handelsvertrag ausgewirkt. Die Natursteinindustrie, die 500 000 Arbeiter beschäftigt, ist ganz ohne Zollschutz geblieben. Sie wird dem schwedischen Wettbewerb um so weniger Stand halten können, als die schwedischen Wegebaustoffe aus Stein sich auf dem Wasserwege bis ins Herz Deutschlands verfrachten lassen. Auch die Holzindustrie, ebenso die eisenverarbeitende Industrie sind bei dem Schwedenvertrag schlecht weggekommen. Bei der Festsetzung der Zölle haben die deutschen Unterhändler offenbar vergessen, was die deutsche Industrie an Lasten zu tragen hat. Es sind das nicht nur die Steuern, auch die hohen Eisenbahnfrachten bilden heute einen erheblichen Teil der Produktionskosten. Schließlich ist es doch die deutsche Wirtschaft, die die 3,4 Milliarden Mark an Güterfrachten aufgebracht hat, die der Jahresbericht des Reiches ausweist. Endlich muß an die Verzinsung der Industrie-Obligationen erinnert werden, die auch auf Dawes-Konto gehen, die sich aber nur aufbringen lassen, wenn der Inlandsmarkt für die deutsche Industrie einigermaßen geschützt ist. Wenn der Handelsvertrag mit Schweden, so wie er heute ist, vom Reichstag abgelehnt wird, so ist das kein wirtschaftliches Unglück. Auch die Verpfändung der Zölle darf die deutschen Unterhändler nicht vergessen lassen, daß sie einstweilen der noch unentbehrlichen wirtschaftlichen Selbstsicherung dienen.

Wirkungen des englischen Kohlenstreiks.

London, 30. Juni. Die ernste Wirkung des Kohlenstreiks auf die Finanzen des Landes spiegelt sich in den Einnahmeziffern für das erste Vierteljahr wieder, welche eine Einnahme von insgesamt 147 Millionen Pfund aufweisen, was gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres eine Abnahme von 22 Millionen bedeutet.

Neue Gerüchte über Friedensverhandlungen.

In wohlunterrichteten britischen Kreisen wird allgemein zugegeben, daß neue Bemühungen zur Herbeiführung des Friedens im Kohlenstreik im Gange sind. Es wird aber mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, daß sie einen ganz unofficiellen Charakter tragen. Es haben zwischen Persönlichkeiten, die mit den streitenden Parteien in enger Fühlung stehen, Besprechungen stattgefunden, ebenso Besprechungen mit Vertretern der Regierung, jedoch sind noch keinerlei Schritte erfolgt, die einen amtlichen Charakter tragen.

Ein panamerikanischer Völkerbund?

Madrid, 30. Juni. Die Zeitungen nehmen zu der Entschließung des kürzlich in Panama abgehaltenen panamerikanischen Kongresses Stellung, die die Bildung eines amerikanischen Völkerbundes befürwortet hatte.

„El Debate" schreibt: Es hat keinen Zweck, sich zu verhehlen, daß der Genfer Organismus mehr und mehr an Ansehen einbüßt. Zum Austritt Brasiliens, zur Mißstimmung in Polen und zu der Haltung Spaniens kommt jetzt noch die Entschließung des Kongresses von Panama hinzu. Man muß zugeben, daß der Völkerbund das Opfer seiner eigenen Fehler ist.